

Rentenrevolution: Bas will Beamte zur Kasse bitten - was bedeutet das für uns?

Arbeitsministerin Bärbel Bas plant, Beamte und Selbstständige zur gesetzlichen Rentenversicherung heranzuziehen, um Finanzierungsprobleme zu lösen.



Deutschland - Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland steht vor gravierenden Herausforderungen. Arbeitsministerin Bärbel Bas plant, Beamte, Abgeordnete und Selbstständige in die Rentenkasse einzubeziehen, um die Einnahmesituation zu verbessern. Der demografische Wandel führt dazu, dass die Zahl der Rentner stetig steigt, während die Zahl der Beitragszahler kontinuierlich sinkt. Von derzeit etwa 220 Beitragszahlenden auf 100 Rentner werden bis 2045 prognostiziert nur noch 174 Beitragszahlende auf 100 Rentner kommen, was die Finanzierung der Altersvorsorge weiter belasten wird, erklärt **ZDF**.

Die Idee der Ministerin, die in der SPD ist, zielt darauf ab, ein

wachsendes Defizit bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) zu beheben. Wirtschaftsweise Monika Schnitzer warnt, dass langfristig die Renten nicht mehr so stark steigen können wie bisher und spricht sich für Reformen aus. Sie und andere Sachverständige befürchten, dass die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen die Finanzierungsprobleme nicht hinreichend lösen wird, wie **Merkur** berichtet.

Rentenkommission und Reformbedarf

Um die konkreten Schritte zur Einbeziehung dieser Gruppen zu erarbeiten, soll eine Rentenkommission, die von der Koalition aus Union und SPD ins Leben gerufen wird, Vorschläge ausarbeiten. Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass das Rentenniveau bis 2031 auf 48 Prozent gesetzlich verankert werden soll, doch die langfristige Finanzierung bleibt vage. Bas setzt auf eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und hebt hervor, dass eine hohe Beschäftigungsquote sowie eine angemessene Lohnentwicklung notwendig sind, um die Rente nachhaltig zu finanzieren, ergänzt **Welt**.

Zusätzlich wird vorgeschlagen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und höhere Abschläge für Frührenten einzuführen. Letztere Maßnahme könnte notwendig werden, da Fehlanreize, die langjährig Versicherten einen frühen Renteneintritt ohne Abschläge ermöglichen, die Rentenkasse belasten. Das Defizit wird in Zukunft zunehmend auch durch die Alterung der Gesellschaft verschärft, da immer weniger Erwerbstätige in die Rentenkasse einzahlen.

Weitere Schritte und Positionen

Bas äußert jedoch, dass sie eine Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung ablehnt und stattdessen auf Freiwilligkeit setzt. Die Sachverständigen empfehlen ebenfalls, diese Fehlanreize abzubauen, um die Rentenversicherung nicht über die Maßen zu belasten. Die Haupteinnahmequelle der Rentenversicherung sind die Beiträge der versicherten

Erwerbstätigen und Arbeitgeber, die im Jahr 2023 über 75 Prozent der Einnahmen ausmachten.

Die kommende Rentenkommission wird sich intensiv mit diesen Herausforderungen befassen müssen, um eine tragfähige Lösung zu entwickeln, die den Ansprüchen einer zunehmend alternden Gesellschaft gerecht wird.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.merkur.de • www.welt.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de